

Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien

ABLAUFBESCHREIBUNG DER ERSTEN BÜRGERVERSAMMLUNG ZUM THEMA PFLEGE

*„Ich erhielt einen lebhaften Einblick in die Abläufe der parlamentarischen Arbeit.“
(so eine Teilnehmerin im Oktober 2020)*

Ein kurzer Überblick

Die erste Bürgerversammlung hat Empfehlungen zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ ausgearbeitet. Am 19. September 2020 haben die Bürger ihre Empfehlungen den Politikern überreicht. Am 7. Oktober 2020 wurden diese in einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt. Die Sitzung ist in den Aufzeichnungen des PDG-TV auf der Webseite des Parlaments (www.pdg.be) einsehbar. Dann haben die zuständigen Parlamentsausschüsse an Stellungnahmen zur möglichen Umsetzung dieser Empfehlungen gearbeitet und am 16. Dezember 2020 vorgestellt. Auch diese Sitzung ist einsehbar. Ende 2021 wird Rückschau gehalten: Was konnte tatsächlich umgesetzt werden? Debattiert wir diese Frage in der dritten und letzten öffentlichen Ausschusssitzung. Damit ist der erste Durchlauf des Bürgerdialogs in Ostbelgien abgeschlossen.

Beweggründe und Entstehungsgeschichte des Bürgerdialogs in Ostbelgien

In den vergangenen Jahren hat das Vertrauen in die öffentliche Beschlussfassung offensichtlich gelitten. Der permanente Bürgerdialog in Ostbelgien soll etwas daran ändern: Auf der einen Seite soll die Beteiligung des Bürgers an der Politikgestaltung ausgebaut und dauerhaft etabliert werden. Durch die verstärkte Einbindung der Bürger soll auf der anderen Seite aber auch deren Verständnis für die politischen Entscheidungsprozesse gefördert werden.

Nach einem Pilotprojekt im Herbst 2017 zum Thema „Kinderbetreuung“ beauftragte das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Frühjahr 2018 die Gruppierung „G1000“ mit der Ausarbeitung eines Modells der permanenten Bürgerbeteiligung, das später in den Medien unter dem Begriff „Ostbelgien-Modell“ bekannt wurde. Am 25. Februar 2019 verabschiedete das Parlament schließlich das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Umsetzung begann mit der Einsetzung des ersten Bürgerrats am 16. September 2019. Im März 2020 kam die erste Bürgerversammlung zusammen.

Die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege“: Ablaufbeschreibung

„Pflege geht uns alle an. Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“, so hatte der Bürgerrat die genaue Diskussionsfrage für die Bürgerversammlung formuliert.

Die erste Sitzung der Bürgerversammlung fand am 7. März 2020 statt. Die rund 25 ausgelosten Teilnehmer erhielten eine Informationsbroschüre zu Pflege in Ostbelgien und hörten Experten zum Thema an – zuerst in Form von Informationsständen, an denen die Teilnehmer direkt ihre Fragen an die Sachverständigen richten konnten. Anschließend in Form eines Rundtischgesprächs. Begleitet wurde die Diskussion von einem professionellen Moderator. Dann musste die Versammlung leider aufgrund der Corona-Krise pausieren.

Erst im September konnte die Bürgerversammlung ihre Arbeit wieder aufnehmen. Auf den Sitzungen am 5. September und 12. September standen zahlreiche Praktiker aus dem Pflegesektor mit ihrem Fachwissen Rede und Antwort. Angehört wurden die Arbeitgeberseite mit Vertretern des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren Marienheim Raeren und des Krankenhauses Eupen. Im Nachmittag stand dann die Arbeitnehmerseite mit Krankenpflegern und Studierenden im Fokus. Die Teilnehmer konnten sich ein umfassendes Bild der Herausforderungen in der Pflege machen.

Nach regen Diskussionen, intensiver Arbeit und einem sehr hohen Engagement der Teilnehmer brachten die Bürgerinnen und Bürger schließlich konkrete Handlungsempfehlungen zu Papier. Vier Empfehlungsböcke mit insgesamt 14 Empfehlungen umfasst das 15-Seiten starke Dokument:

1. Ausbildung zum Pflegehelfer und zum Gesundheits- und Krankenpfleger,
2. Selbstbestimmung, Mitspracherecht und Lebensqualität in WPZS,
3. Einheitliche IT-Lösungen für den Pflegebereich,
4. Übergreifende Maßnahmen.

Das Dokument wurde am 19. September 2020 an die verantwortlichen Politiker feierlich überreicht und in einer öffentlichen Ausschusssitzung am 7. Oktober 2020 vorgestellt und mit den Abgeordneten der Fachausschüsse und den zuständigen Ministern diskutiert. Das fruchtete in einem konstruktiven Austausch zwischen Bürgern und Politik.

Laut Artikel 9 des vorerwähnten Dekrets sind die zuständigen Politiker dazu verpflichtet, Stellung zur möglichen Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen zu beziehen. Wenn sie die Umsetzung einer Empfehlung ablehnen, sind sie verpflichtet, dies gesondert zu begründen. Diese Stellungnahmen werden in einer zweiten öffentlichen Ausschusssitzung am 16. Dezember 2020 vorgestellt und daraufhin mit den Bürgern diskutiert.

Anschließend ist es die Aufgabe des Bürgerrats, die Umsetzung der Empfehlungen zu überwachen. Ein Jahr später soll dann im Rahmen einer dritten öffentlichen Ausschusssitzung Rückschau gehalten werden. Damit ist dann ein erster Zyklus des permanenten Bürgerdialogs in Ostbelgien abgeschlossen.

„Wir haben ungeschminkt auf Probleme hingewiesen und unkonventionell Lösungsansätze formuliert.“ (so ein Teilnehmer im Oktober 2020)

Pressekontakt:

Anna STUERS

Ständiges Sekretariat, Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien

Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1, B-4700 Eupen

+32 (0)87/31 84 22; buergerdialog@pdg.be

www.buergerdialog.be; Facebook: [Bürgerdialog in Ostbelgien](https://www.facebook.com/Buergerdialog.in.Ostbelgien)